

Ernst-Dziedzic zu One Billion Rising: Gewaltschutz und –prävention zentrale Punkte im Regierungsübereinkommen

Utl.: Strukturelle, physische und psychische Gewalt gehören
konsequent bekämpft =

Wien (OTS) - Nach wie vor werden Frauenrechte weltweit mit Füßen getreten. Das Risiko, vom eigenen Partner oder Ex-Partner ermordet zu werden und psychische, körperliche oder sexuelle Gewalt erleben zu müssen, ist für Frauen* und Mädchen* nach wie vor immens hoch. „Gewalt an Frauen darf nie zum Normalzustand werden und ist durch nichts zu rechtfertigen oder zu entschuldigen. Keine Religion, keine Tradition, kein Gesetz und keine Person haben das Recht, die Integrität von Frauen und Mädchen anzugreifen oder zu verletzen,“ stellt Ewa Ernst-Dziedzic, Nationalratsabgeordnete der Grünen und Mitbegründerin der Initiative One Billion Rising in Österreich heute im Rahmen der Pressekonferenz fest.

Auch hierzulande gibt es genug zu tun: Jede fünfte Frau in Österreich ist von körperlicher Gewalt betroffen, jede dritte von sexueller Gewalt und fast drei Viertel von sexueller Belästigung. „Der Ausbau von Gewaltschutz und –prävention, insbesondere eine Erhöhung von Fördermitteln für Gewaltschutzeinrichtungen, haben oberste Priorität. Die Türkis-Grüne Regierung hat hier eine große Verantwortung, der wir nachkommen werden“, spricht Ernst-Dziedzic im Regierungsprogramm enthaltene Punkte an.

Neben einer Offensive für Gewaltschutz mit einer Aufstockung der Mittel für Gewaltprävention, stellt die bundesweite finanzielle und rechtliche Absicherung von Opferschutzeinrichtungen, sowie der Ausbau von Programmen zur opferschutzorientierter Täterarbeit und Bewusstseinskampagnen zentrale Eckpfeiler einer gewaltfreien Gesellschaft dar. Darüber hinaus ist auch die Förderung der Gleichberechtigung und der sozialen und ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen ein wichtiges Element für eine gewaltfreie Gesellschaft.

„Kampagnen wie One Billion Rising sind nicht nur wichtig, um durch Solidarität eine Stärkung von Gewaltopfern zu bewirken und Bewusstsein zu schaffen, sie bieten auch eine Möglichkeit, um den bestehenden Handlungsbedarf der Regierung in den Bereichen Gewaltschutz und Frauenberatung aufzuzeigen“, schließt Ewa

Ernst-Dziedzic.

~

Rückfragehinweis:

Grüner Klub im Parlament

E-Mail: presse@gruene.at

Tel.: 01 40110 - 6697

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/14446/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0120 2020-02-12/12:43

121243 Feb 20

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200212_OTS0120